

BUNDESGERICHTSHOF

IV 52 152/66

BESCHLUSS

in dem Entschädigungsrechtsstreit

der Frau Rosalie R. [REDACTED],

[REDACTED] - [REDACTED]-th Avenue, [REDACTED] - P.O., Canada, [REDACTED],

Klägerin und Beschwerdeführerin,

- Prozeßbevollmächtigte:

Rechtsanwälte [REDACTED]

[REDACTED] --

gegen

das Land Nordrhein - Westfalen,

vertreten durch die Landesrentenbehörde Nordrhein-Westfalen,

[REDACTED], Tugenerstraße 22,

Beklagten und Beschwerdegegner.

Der IV. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat unter Mitwirkung des Senatspräsidenten Acker und der Bundesrichter Wilden, Dr. Levensheim, Dr. Graf und van der Mühlen in der Sitzung vom 27. Mai 1966

beschlossen:

Die Beschwerden der Klägerin gegen den Beschluß des 14. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 8. Februar 1966 wird zurückgewiesen.

Die außergerichtlichen Kosten des Beschwerdeverfahrens trägt die Klägerin. Gerichtliche Gebühren und Anlagen werden nicht erhoben.

Schluss

Die Klägerin ist mit ihrer Klage auf Entschädigung wegen Gesundheitsschadens in einem Urteil des Landgerichts vom 14. Mai 1965 teilweise unterlegen. Dieses Urteil ist ihr durch Aufgabe zur Post (§ 175 ZPO) am 24. Mai 1965 zugestellt worden.

In erster Instanz war die Klägerin anwaltlich nicht vertreten. Ihren jetzigen Prozessbevollmächtigten ließ sie den Eingang des Urteils an ihren Wohnsitz in Kanada (8. Juni 1965) mitteilen. Ihr Anwalt legte am 3. Dezember 1965 Berufung ein. Am 9. Dezember

116

- 3 -

forderte er die Gerichtskosten an. Mit Schriftsatz vom 23. Dezember hat er um Verlängerung der Begründungsfrist bis zum 3. Februar 1966, da ihm noch einige dringend erforderliche Informationen und Unterlagen fehlten. Die Verlängerung wurde bewilligt. Am 27. Januar 1966 beantragte er unter Rückgabe der Gerichtskosten Wiedereinsetzung wegen der Verletzung der Berufungsfrist und führte aus, bei der jetzt erfolgten Durchsicht der Akten habe er festgestellt, daß das Urteil schon am 24. Mai 1963 zugestellt worden sei. Die Klägerin sei schwer krank und pflegebedürftig und in unverschuldetem Rechtsunkenntnis nicht in der Lage gewesen, sich darüber zu unterrichten, wann die Frist zur Anfechtung des Urteils beginne.

Das Oberlandesgericht hat die Wiedereinsetzung versagt und die Berufung verworfen.

Die hingegen gerichtete Beschwerde ist unbegründet. Es bedarf keiner Prüfung, ob die Fehlinformation des Anwalts über die Zustellung oder den Zugang des Urteils für die Klägerin oder für den Anwalt bei gebührender Sorgfalt nicht zu vermeiden war. Denn dem Anwalt trifft ein Verschulden in der weiteren Behandlung der Sache, das zur verspäteten Anbringung des Wiedereinsetzungsansuchs geführt hat.

Die Prozesskosten sind ihm auf sein Gesuch vom 3. Dezember alsbald ausbezahlt worden. Der Berufungsrichter hat unentschieden gelassen, ob der Anwalt nach dem Empfang der Akten verpflichtet war, die Rechtmäßigkeit seiner Rechtsmittelanlage nachzuprüfen. Schon dies war zu bejahen. Denn die Mitteilung über den Zugang des



Urteile beruhte auf der Darstellung der in Kanada lebenden Klägerin selbst, nicht auf Feststellungen eines ermittelnden Amaltes; daß es sich dabei um eine Darstellung handelte, war mindestens unheimlich. Aber auch hiervon abgesehen und der Amalt, der auf frunde Forderung ein Rechtsmittel einlegt, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit die Rechtsmittel mit der Einlegung nachprüfen. Der Klagung der Gerichtsrten muß vernünftigerweise als eine solche Gelegenheit gelten. Ob die Akten bereits zu diesem Zweck angefordert werden müssen, kann hier auf sich beruhen.

Auf jeden Fall ist den Berufsgerichts darin beizutreten, daß die erste sachliche Bearbeitung dieser Akten die Prüfung unerlässlich mache. Denn wenn die Einlegung des Rechtsmittels wegen eines Rechtsmittels, wegen einer Unmöglichkeit der Darstellung oder wegen eines Verfahrens in der Vermittlung verurteilt war, dann war der Irrtum für den Amalt, der sich zur Einlegung bestellt hatte, nimmer ohne weiteres erkennbar; das Kindermis war im Sinne des § 234 EVO haben und die Frist für das Wiederantragsgesuch begann damit zu laufen. Wenn Bearbeitung der Sache hatte zu der Erkenntnis geführt, daß die Begründung der Berufung weitere Untersuchungen voraussetze, und hatte den Antrag von 23. Dezember verurteilt. Daß dabei die Prüfung der Rechtsmittel der Berufung unterblieben ist, nicht der Berufsgerichts mit Recht als ein erheblicher Verstoß des Amaltes an.

Der Prozessvollstreckte der Klägerin trägt mit der Beschwerde nun vor, er habe den Antrag der Klägerin zu ihrer Vertretung erst nach dem Eingang eines Verzeichnisses am 6. Januar 1966 angenommen. Er ist der Auffassung, die

zur Übernahme der Vertretung habe er auch aus Anlaß der Einlegung der Berufung, des Eingangs der Akten und seines Antrages zur Begründungsfrist keine weitere Prüfung des Prozessstoffes und insbesondere der Voraussetzungen der erfolgten Aufhebung vorzunehmen brauchen. Soweit in dieser Rechtsauffassung ihres Anwalts ein Wiedereinstellungsgrund für die Klägerin läge, wäre seine Berücksichtigung ausgeschlossen. Denn nach § 236 Nr. 1 ZPO müssen die Tatsachen, die die Wiedereinstellung begründen sollen, in Wiedereinstellungsanträgen enthalten sein; eine Nachsichtung ist unzulässig.

Die Kosten der erfolglosen Beschwerde trägt die Klägerin nach §§ 209 Abs. 1 ZPO, 97 ZPO.

Anker

von der Mühlen